



verband binationaler
familien und partnerschaften

Bundesgeschäftsstelle

Ludolfusstraße 2-4
60487 Frankfurt | Main

Fon +49 69 / 71 37 56 -17

Fax +49 69 / 707 50 92

info@verband-binationaler.de

www.verband-binationaler.de

Frankfurt, 3.6.2019

**An die familien- und innen-/migrationspolitischen Sprecher*innen und
Obleute im Deutschen Bundestag**

Sehr geehrte Damen und Herren,

gemeinsam mit 21 weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen haben wir bereits einen [offenen Brief](#) an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestags mitunterzeichnet, mit der Bitte, den geplanten Verschärfungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht **nicht** zuzustimmen.

Als familienpolitischer Verband wenden wir uns nun explizit an Sie als familien- und integrationspolitische Sprecher*innen und möchten Sie eindringlich auf die fatalen Folgen der geplanten Verschärfungen des Asyl- und Aufenthaltsrechts und insbesondere auf das „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ auch für Familien hinweisen.

Die massiven Verschärfungen im Bereich der Abschiebungshaft, die auch in regulären Strafgefängnissen durchgeführt werden soll, gilt selbst für Familien und Kinder. Dies könnte irreversible Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche haben und wäre auch nicht mit Grund- und Menschenrechten in Einklang zu bringen. Der neue prekäre Status der Duldung light soll alle Menschen treffen, die ihrer Pflicht, ein Ausweisdokument zu besorgen, nicht nachkommen. Für Jugendliche und junge Erwachsene hätte dieser Status dramatische Folgen, da er ihnen den Weg in ein Bleiberecht versperrt.

Bitte nehmen Sie sich mehr Zeit, sich kritisch mit den Gesetzesvorlagen und ebenso den Ergebnissen der Anhörungen auseinanderzusetzen, um so zu einer fundierten Entscheidung zu gelangen. Bitte bedenken Sie, dass Sie über rechtliche Vorgaben entscheiden, die Auswirkungen auf Familienleben und damit auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen haben.

Hiltrud Stöcker-Zafari, Bundesgeschäftsführerin, Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.